

## Das Verfassungsreferendum in Italien: Ein erster Kommentar



von Simon Bein, B.A.  
Dezember 2016

### Ist Italien (nicht) reformierbar?

65 Regierungen – ein einmaliger Wert – haben sich seit Gründung der Italienischen Republik nach Ende des Zweiten Weltkrieges an der Führung des Landes versucht. Die Regierungsdauer der einzelnen Kabinette in Italien wird bereits häufig in Tagen angegeben. 1017 Tage dauerte die Regierung Renzi, ehe dieser am 5. Dezember 2016 mit den Worten „Ich habe verloren, meine Regierung endet hier“ seinen Rücktritt ankündigte (La Repubblica 2016a).

Am 4. Dezember wurde in Italien über eine neue Verfassung abgestimmt. 47 Millionen Wahlberechtigte konnten ihre Stimme abgeben, und der Umformulierung von 46 der 139 Verfassungsartikel zustimmen oder die Reform ablehnen. Es wäre die größte Verfassungsreform seit Bestehen der Italienischen Nachkriegsrepublik gewesen, das Ziel war vor allem die *governabilità*, Regierbarkeit des Landes zu verbessern. Der Staat müsse effizienter, Verwaltungsstrukturen schlanker und die Möglichkeiten für Pfründe und Ämterhäufung in den Untiefen der territorialen Institutionen kleiner werden, so die vorherrschende Meinung, der auch viele Kritiker Renzis wohl zustimmen würden. Jedoch, so einfach ist es in Italien leider nicht. Das Ergebnis fiel deutlicher aus, als von vielen erwartet. Bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent waren nur 40 Prozent der Wähler für ein *Sì* und knapp 60 Prozent lehnten die Verfassungsreform ab. Der Vorschlag von Premierminister Matteo Renzi und seiner Reformministerin Maria Elena Boschi, bereits seit Florentiner Zeiten eine enge Vertraute Renzis, wurde nach vielen Widerständen und 170 Parlamentssitzungen von beiden Kammern verabschiedet (Süddeutsche Zeitung 2016a). Gemäß den Vorgaben der italienischen Verfassung muss nach der Zustimmung des Parlamentes auch das Volk über eine Änderung der Verfassung abstimmen, wenn beide Kammern nicht mindestens mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit zugestimmt haben (Köppel 2007: 112).<sup>1</sup>

Die gescheiterte Reform Renzi-Boschi reiht sich in eine lange Tradition italienischer Reformbemühungen ein, die bisher von sehr wenig Erfolg geprägt ist. Bereits 1976 hatte der Parteichef der Sozialisten Bettino Craxi die Idee, durch eine *Grande Riforma* die Verfassung radikal zu verändern. Es folgten die erfolglosen Kommissionen von Bozzi (1983-85), De Mita und Iotti (1992-94), die bikamerale Kommission (1997-98) und der große Reformversuch der Berlusconi-Partei *Casa della Libertà* (Haus der Freiheit), welcher 2006 ebenfalls an einem Referendum scheiterte (Bull/Pasquino 2007: 671). Die Debatte um institutionelle Reformen in Italien war, so Bull und Pasquino, vor allem von zwei Aspekten geprägt. Zum einen nahm man an, dass eine institutionelle Veränderung auch die politischen Praktiken des Landes verändern wird. Zum zweiten sollten besonders die Reformen nach dem Umbruch 1992 dazu dienen, die Verfassung an die neuen

---

<sup>1</sup> Dies kann innerhalb von drei Monaten mit 500.000 Unterschriften aus der Bevölkerung, von einem Fünftel einer Parlamentskammer oder durch mindestens fünf Regionalräte beantragt werden.

Gegebenheiten des politischen Wettbewerbes anzupassen und den Übergang in die Zweite Republik abzuschließen (2007: 689). Die Debatte über eine Verfassungsreform beinhaltete immer, aber nicht nur, die Reform des italienischen Parlamentarismus, denn das italienische Parlament stellt *die* zentrale politische Institution in der Verfassung von 1947 dar (Köppl 2009: 149).

### Was hätte das Referendum verändert?

Die wohl wichtigste Änderung der vorgeschlagenen Verfassungsreform 2016 betrifft Artikel 55 der Verfassung und somit den Senat. Die zweite Kammer des Italienischen Parlaments verlöre demnach seine bisher gleichberechtigte Stellung gegenüber der Abgeordnetenkammer, was das Ende des italienischen *bicameralismo perfetto* bedeutet hätte. Die gleichberechtigte Gesetzgebungsfunktion von Abgeordnetenhaus und Senat ist ein zentraler Faktor für die Ineffizienz der italienischen Gesetzgebung (Köppl 2009: 150-151). Kommt ein Gesetzestext aus der Ersten Kammer in den Senat, kann dieser Änderungen vornehmen und den Text umformulieren, um den Gesetzesvorschlag dann wieder an die *Camera dei Deputati* zu übergeben. Dieses Spiel kann zur Not über Jahre andauern, bis sich beide Kammern auf den gleichen Text geeinigt haben. Hierfür hat sich die Bezeichnung der *navette*<sup>2</sup> etabliert, wonach die Gesetze wie kleine Schiffchen immer zwischen beiden Häusern hin und her gondeln (Cotta/Verzichelli 2007: 145). Ein Gesetz zur UN-Resolution gegen Folter, welches in der *Gazzetta Ufficiale* bereits 1989 offiziell angekündigt wurde, pendelt seit 27 Jahren hin und her und wurde zuletzt im Juni 2016 im Senat behandelt (The Economist 2016c). Außerdem soll im neuen Senat die Zahl der Senatoren deutlich reduziert und somit Kosten eingespart werden, denn Italien leistet sich aktuell mit über 1000 Abgeordneten das „größte und teuerste Parlament der Welt“ (Süddeutsche Zeitung 2016b). Das alles hätte zur Folge gehabt, dass der Senat mit der Reform zu einer dem deutschen Bundestag ähnelnden Länderrepräsentation abgestuft worden wäre, mit der Hauptaufgabe, die „Vertretung der territorialen Einheiten und die Vermittlung zwischen Staat, Regionen, Kommunen und der Europäischen Union“<sup>3</sup> zu organisieren. Die Sitze würden von 315 auf 95 verringert, wovon 21 Sitze den Bürgermeistern und 74 den Regionalräten zuständen. Die Senatoren bezögen somit keine zusätzlichen Gehälter, sondern werden als Vertreter ihrer Region oder Stadt in den Senat entsandt. Die dritte Neuerung wäre die Förderung des Gleichgewichtes zwischen Männern und Frauen in beiden Kammern, welches zum Verfassungsprinzip erhoben worden wäre und somit unabhängig von der jeweiligen Ausgestaltung des Wahlrechtes bestand hätte. Gegner der Umformung des Senats argumentierten vor allem mit einer Reduzierung der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger, da die Wahlmöglichkeit des Senates entfällt, und befürchteten eine zunehmende Dominanz der Exekutive (La Repubblica 2016b).

Daran anschließend betrifft der zweite große Block der Reform die Neuordnung der territorialen Regierungsstruktur Italiens. Kurz gesagt, es geht um die Re-Zentralisierung der politischen Macht, weg von den Regionen und wieder in die Hände des Zentralstaates. Ein Beispiel für die Notwendigkeit dieser Reform ist der Schutz kultureller Güter. Die *Via Flaminia* beispielsweise, eine alte Römerstraße von Rom nach Rimini, liegt in einem Drittel in staatlicher, in einem Drittel in regionaler und im letzten Drittel in kommunaler Verwaltung (The Economist 2016b). Dies veranschaulicht gut die bürokratischen Hindernisse der italienischen Verwaltungsstrukturen, Gegner dieser Neuerung befürchteten jedoch den Verlust regionaler und

---

<sup>2</sup> La navetta – (ital.) das Schiffchen; das Pendelfahrzeug.

<sup>3</sup> Eigene Übersetzung aus *La Repubblica* (2016b), im Original zu finden auch in *Gazzetta Ufficiale* (2016).

kommunaler Kontrollmöglichkeiten der Zentralregierung.<sup>4</sup> Insgesamt hätte die neue Verfassung eine grundlegende Veränderung des Zusammenspiels wichtiger politischer Institutionen der italienischen Demokratie dargestellt.

### Warum scheiterte Renzi?

Das Ergebnis des Referendums wurde nicht nur in Italien, sondern in der gesamten EU mit Spannung erwartet, wenn nicht gar befürchtet. Vor allem bei den übrigen Staats- und Regierungschefs wurde die Reformwilligkeit des jungen Premier, wenngleich dieser auch auf europäischer Ebene anzuecken wusste, positiv bewertet und nährte die Hoffnung auf Konstanz und pro-europäische Zuverlässigkeit in der politischen Führung Italiens. Auf der anderen Seite sahen Marine Le Pen und weitere Politiker populistischer, europa-feindlicher Parteien im Referendum die Möglichkeit, ein weiteres Zeichen gegen die Europäische Union zu setzen. Die Banken und Verantwortlichen an den Finanzmärkten hofften vergeblich auf den Sieg Renzis, und bereits im Vorfeld des Referendums war deutliche Verunsicherung an den Kapitalmärkten sichtbar. Zu den weiteren möglichen Negativeffekten der Niederlage Renzis auf die Eurozone schreibt der Economist etwas zu beschwichtigend: „If a lost referendum really were to trigger the collapse of the euro, then it would be a sign that the single currency was so fragile that its destruction was only a matter of time“ (2016a: 14).

Im Inland entwickelte sich der anfängliche Aufschwung Renzis, mit dem Höhepunkt der Europawahl, wo sein *Partito Democratico* aus dem Stand knapp 40 Prozent holte, eine zunehmende Polarisierung in Befürworter und Gegner. Sogar seine eigene Partei war sich in der Zustimmung zu seiner Person alles andere als einig, da Renzis Politik und vor allem die Arbeitsmarktreformen zu wenig linke, klassisch sozialdemokratische Positionen beinhaltete (Die Zeit 2016). Etwas großspurig kündete Renzi zu Beginn seiner Amtszeit an, jeden Monat eine Reform durchsetzen zu wollen, seine Rhetorik war bestimmt und selbstbewusst. Doch sein Auftreten und seine Reformpolitik bescherten ihm nicht nur Freunde, wiederum polarisierte und spaltete ein Premier das politische System Italiens in zwei Lager.

Der Versuch, das Scheitern seines politischen Projektes analytisch einzuordnen, bedingt den Blick auf längerfristige Entwicklungslinien des politischen Systems Italiens und seiner politischen Kultur. Matteo Renzi, der junge Premierminister aus Florenz, verkörperte das junge, neue, motivierte Italien und hatte sich zum Ziel gesetzt, die alte politische Klasse, *la casta* zu „verschrotten“. Paradoxerweise verglichen ihn schon früh politische Beobachter, aber auch weniger wohlmeinende politische Gegner mit derjenigen Person, die das *alte* Italien der Zweiten Republik wie kein zweiter symbolisierte: Silvio Berlusconi. Auch Berlusconi trat 1994 aus dem Schatten seines Wirtschafts- und Medienimperiums heraus auf die politische Bühne, um die etablierten Politiker und Parteien abzustrafen. Sicherlich, so schreibt die SZ, hinkt der Vergleich dennoch an einigen Stellen. Denn Renzi steht bisher in keinerlei Verdacht, korruptionsanfällig zu sein und verfügt über ein ziemlich normales, skandalfreies Familienleben mit Frau und drei Kindern (Süddeutsche Zeitung 2016b). Jedoch ermöglicht die Tatsache, dass sich mit dem Aufstieg Renzis viele an den Anfang der Ära Berlusconi erinnern fühlen, einen tiefen Einblick in die politische Kultur Italiens.

---

<sup>4</sup> Des Weiteren sah die Reform zahlreiche zusätzliche Änderungen vor, welche den Gesetzgebungsprozess, die Rechte der Regionen und Kommunen, den Minderheitenschutz, die Abschaffung des Nationalen Rates für Wirtschaft und Arbeit sowie die Wahl des Staatspräsidenten. Siehe für die ausführliche Berichterstattung zu den Teilbereichen der Reform inklusive Beleuchtung der Pro- und Contra-Argumente *La Repubblica* (2016b).

Nachdem 1992 das alte Parteiensystem und damit fast die gesamte Parteien- und Politikerelite der Ersten Republik aufgrund von Korruptionsermittlungen und öffentlichem Protest verschwand, sprechen die meisten Italien-Forscher von dem Beginn der Zweiten Republik (Köppl 2007: 13). Italien markiert insofern einen Sonderfall, da durch diese Begrifflichkeiten von einem Systemwechsel gesprochen wird, ohne dass sich die grundlegenden Institutionen oder gar die Verfassung geändert hätten. Allerdings wurde der politische Wettbewerb durch neue Parteien und ein verändertes Wahlrecht gänzlich neu geordnet. Darüber hinaus sind mit dem Ende des Kalten Krieges zwei bis dato zentrale Merkmale der italienischen Politik verschwunden: der Kommunismus-Antikommunismus *cleavage* sowie die Blockade des Alternanzmechanismus der italienischen Regierung durch den Ausschluss der Kommunistischen Partei. Kneisler identifiziert die veränderten Merkmale des italienischen Parteiensystems der Zweiten Republik vor allem durch die zunehmende Personalisierung der Politik und das Auftreten charismatischer Führungspersonlichkeiten sowie die daraus folgende bipolare Spaltung in *centro-destra* und *centro-sinistra* (2011: 130). Sie spricht gar von einem Berlusconi vs. Anti-Berlusconi *cleavage* als Extremform der Polarisierung (Kneisler 2011: 156). In dieser Tradition trugen die Wahllisten<sup>5</sup> oftmals nicht den Namen einer politischen Partei oder ideologischen Ausrichtung im Namen, sondern denjenigen des Spitzenkandidaten. Indem die Wähler nun beispielsweise über die Liste Prodi oder die Liste Berlusconi abstimmen konnten, war das Wahlergebnis in Italien immer stark mit der jeweiligen Person verknüpft. In dieser Tradition könnte man auch das italienische Referendum sehen, wo über die nach den verantwortlichen Machern benannte Reform Renzi-Boschi abgestimmt wurde und der italienische Premier den Ausgang an sein persönliches Schicksal verknüpft hat. Zu einer rationalen Beurteilung über die Inhalte des Referendums hat dies sicherlich nicht beigetragen.

Die Verfassung sieht in Italien allerdings nicht nur die Notwendigkeit vor, über Verfassungsänderungen obligatorisch abstimmen zu lassen, sondern daneben existiert auch die Möglichkeit, seitens der Bürger ein abrogatives Referendum zu initiieren. Diese Form direkter Demokratie meint die Abstimmung über die Abschaffung bereits bestehender Gesetze (Köppl 2007: 112). Italien gehört somit zu den wenigen westlichen Demokratien, die über eine sehr ausgeprägte Tradition nationalstaatlicher direkter Demokratie verfügen (Uleri 2002). Eine genauere Analyse der Initiierung der insgesamt 67 Referenden hat ergeben, dass vor allem in der Ersten Republik der parteipolitische Wettbewerb aufgrund der blockierten Machtverhältnisse im Parlament auf die Ebene der direkten Demokratie übertragen wurde. Politische Eliten und oppositionelle (Klein-)Parteien waren besonders aktiv, nicht etwa Bürgerinitiativen oder andere bottom-up-Bewegungen (Bein 2016). Hatte es die direkte Demokratie dennoch in der Ersten Republik oftmals geschafft, die Blockade des Systems aufzulösen und notwendige Reformen zu ermöglichen, veränderte sich die Logik der Referenden in der Zweiten Republik zunehmend. Die Parteien bezogen keine klare Stellung mehr und enthielten sich offiziell der Einflussnahme, weswegen die Abstimmungen oft am nötigen Quorum scheiterten. Analog zum wieder funktionierenden politischen Wettbewerb durch das Parteiensystem waren die Abstimmungen bei Referenden weniger polarisierend (Hornig 2005). Dennoch lehrt uns der Blick auf die direkte Demokratie in Italien auch die Schattenseiten der von vielen geforderten direktdemokratischen Elemente auf nationaler Ebene. Die Polarisierung der Gesellschaft in zwei Lager sowie die Reduktion komplexer Fragestellungen auf nur zwei Antwortmöglichkeiten sind Beispiele dafür,

---

<sup>5</sup> Im Wahlkampf der Zweiten Republik war es üblich, dass sich mehrere Parteien zu einer Liste zusammenschlossen, und unter dem Namen eines gemeinsamen Spitzenkandidaten antraten (Guarnieri 2011: 90-91).

welche auch bei dem Verfassungsreferendum im Dezember 2016 in Italien deutlich sichtbar wurden. Außerdem zeigte sich, dass bei von der Regierung initiierten Referenden die Opposition nur gering zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Fragestellung beiträgt, sondern die Möglichkeit zur generellen Abstrafung der Regierung benutzt.

Neben der Verfassungsreform hat Renzi in seiner Amtszeit zahlreiche weitere Reformen angeschoben. Schule und Arbeitsmarkt sollen reformiert werden, ein neues Wahlrecht liegt zur Prüfung beim Verfassungsgericht und gegen den Widerstand der immer noch mächtigen Kirche wurde die Gleichstellung der homosexuellen Ehe beschlossen. Es ging im Referendum zwar nur um die Änderungen der Verfassung, allerdings lässt sich annehmen, dass viele *No*-Wähler ihre generelle Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung Renzi zum Ausdruck gebracht haben. Die Verknüpfung des Ergebnisses der Abstimmung an das Schicksal seiner politischen Zukunft dürfte zu den größten Fehlern Renzis gehören. Dies beschleunigte die geballte Gegnerschaft der Opposition, welche die Abstimmung in erster Linie zur Abstimmung über die Regierung Renzi ausrief. Zwar ist sich das Mitte-Rechts-Lager und auch das linke Lager keineswegs einig über die Neuausrichtung der italienischen Politik, in der Ablehnung der Reformen Renzis fanden Rechts- und Linksaußen-Parteien jedoch einen kleinsten gemeinsamen Nenner. Verstärkend kommt hinzu, dass Renzi nicht durch eine Wahl in das Amt des Ministerpräsidenten gekommen ist, wodurch seine Ernennung schon damals viele Kritiker als Staatsstreich hinter verschlossenen Türen bezeichneten.<sup>6</sup>

Der zweite zentrale Punkt für Renzis Niederlage ist in der wirtschaftlichen Situation Italiens zu suchen. Der Premier verkündete oft und gerne den bevorstehenden Wandel Italiens über die sozialen Netzwerke und in den italienischen Medien, aber am Ende des Tages ist bei großen Teilen der Bevölkerung davon wenig spürbar gewesen (The Economist 2016c). Die tiefgreifende Nord-Süd-Spaltung des Landes wird an dieser Stelle deutlich. Bei Wahlkampfauftritten in Sizilien wurde Renzi nicht nach den Details des neuen Senats befragt, sondern nach den fehlenden Jobs und der kaputten Infrastruktur in den südlichen Regionen (Süddeutsche Zeitung 2016b). Tatsächlich ist die Jugendarbeitslosigkeit im Süden gravierend und die wirtschaftliche Situation lässt viele vor allem junge Italiener das Vertrauen in die Politik verlieren. Ein Blick auf die Wahlergebnisse je nach Region verdeutlicht dies. Während in den Regionen des sogenannten „roten Gürtels“, den klassisch linken und wohlhabenderen Regionen Toscana – wie in Florenz mit 57,7 Prozent – und Emilia-Romagna, die Zustimmung zum Referendum leicht überwog, wählte der *Mezzogiorno*<sup>7</sup> mit großer Mehrheit dagegen. In der Provinz Palermo zum Beispiel lag die Ablehnung bei 72,5 Prozent. Allerdings ist auch festzustellen, dass in den südlichen Regionen die Wahlbeteiligung bis zu zehn Prozentpunkte unter dem landesweiten Durchschnittswert von 65 Prozent lag. Die höchste Zustimmungsrate gab es mit knapp 68 Prozent in der autonomen Region Bozen (La Repubblica 2016a).

Auf dieser Unzufriedenheit baut der Erfolg der populistischen Fünft-Sterne-Bewegung auf. Der *Movimento 5 Stelle* von Beppe Grillo dürfte als der große Gewinner aus dem Referendum

---

<sup>6</sup> Nach den Parlamentswahlen im Februar 2013 kam es zu internen Schwierigkeiten bei der stärksten Partei, dem *Partito Democratico* (PD). Der per Urwahl gewählte Spitzenkandidat Bersani scheiterte an der Regierungsbildung. Staatspräsident Napolitano beauftragte daraufhin den Partei-Vize Letta mit der Bildung einer Regierung, welches nur knapp zehn Monate andauerte. Renzi, seit Dezember 2013 Parteivorsitzender und bis dato Bürgermeister von Florenz, organisierte parteiinternen Widerstand gegen Letta. Napolitano erteilte daraufhin Renzi den Auftrag zur Regierungsbildung und mit viel Verhandlungsgeschick überstand dieser auch die Vertrauensabstimmung in den beiden Kammern (FAZ 2014, Die Zeit 2014).

<sup>7</sup> Umgangssprachliche Bezeichnung für alle südlich von Rom gelegenen Regionen Italiens.

hervorgehen. Deren Anführer, der die Bewegung als Anti-Partei mit autokratischer Hand anführt, beschwor seine Anhänger mit postfaktischen Parolen auf das Nein zum Referendum ein. Es gehe um die Freiheit und man müsse die Entmachtung der Bürger verhindern. Ganz offen rief der frühere Komiker und Kabarettist dazu auf, mit Wut im Bauch und nicht mit dem Kopf zu entscheiden (Die Zeit 2016). Eindeutiger kann man die Bedeutungslosigkeit der Fakten in diesem Wahlkampf, vor allem seitens der Fünf-Sterne-Bewegung, nicht offenlegen. Einige Gegner des Referendums beschworen neben den klassischen Mitteln populistischer Stimmungsmache auch Argumente verbreiteter Verschwörungstheorien. Vor allem für die Freiheiten wollten die Gegner kämpfen, da das italienische Volk unter der neuen Verfassung von einer allmächtigen Regierung und fremden Mächten aus dem Westen fremdgesteuert werde. „Italienische Premierminister sind nur Marionetten fremder Mächte“, ist der Journalist der Zeitung *Il Fatto Quotidiano* Travaglio überzeugt (Süddeutsche Zeitung 2016b). Es tauchte auch die Meldung auf, Beppe Grillo und seine Partei hätten sich im Wahlkampf gezielter Falschmeldungen im Internet nützlich gemacht (Tagesschau 2016). Mit Blick auf die US-Wahl und den Austritt Großbritanniens aus der EU tauchen hier durchaus vertraute Argumente auf.

### Und nun?

Wie geht es nun weiter in Italien? Ziemlich sicher wird es bereits in 2017 zu Neuwahlen kommen und bis dahin liegt es an Staatspräsident Mattarella, einen kommissarischen Regierungschef mit der Bildung einer Übergangsregierung zu beauftragen. Renzi kündigte an, für diesen Schritt nicht zur Verfügung zu stehen, als möglicher Kandidat wurden der Anti-Mafia-Anwalt und ehemalige Senatspräsident Pietro Grasso und der Wirtschaftsprofessor Pier Carlo Padoan genannt (The Economist 2016b). Die wichtigste Aufgabe der kommissarischen Regierung wird es sein, ein funktionierendes Wahlrecht für die Neuwahlen zu verabschieden. Bei Neuwahlen gäbe es derzeit unterschiedliche Wahlgesetze für beide Kammern. Grillo forderte bereits, das neue Wahlgesetz ebenfalls auf die Wahl zum Senat anzuwenden, obwohl der M5S dieses in der Vergangenheit stark kritisierte.

Die Frage des Wahlrechts wird für den weiteren Erfolg der Fünf-Sterne-Bewegung allerdings von Bedeutung sein. Kommt das *Italicum*, welches Renzi bereits für das Abgeordnetenhaus auf den Weg brachte, zur Anwendung, bekommt die stärkste Partei einen Bonus zugesprochen. Dieser macht es dem Wahlgewinner höchstwahrscheinlich möglich, ohne Koalitionspartner zu regieren. Die Bewegung von Beppe Grillo liegt derzeit bei rund 30 Prozent in den Umfragen, gleichauf mit der Demokratischen Partei von Renzi, und könnte als Gewinner aus Neuwahlen hervorgehen. Viele in der EU befürchten dieses Szenario, da die *Grillini* unter anderem den Austritt Italiens aus dem Euro fordern. Es wird spannend zu beobachten sein, ob Grillo als Spitzenkandidat seiner Bewegung antreten wird. Der Anführer der Bewegung hat bisher kein offizielles Mandat inne, denn in den Parteistatuten ist festgelegt, dass Verurteilungen oder Vorbestrafungen die Übernahme eines Mandates verbieten. Grillo wurde nach einem Autounfall mit Todesfolge wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt und gilt als vorbestraft (Bordignon/Ceccarini 2013: 430).

Hinzu kommt, dass der Rücktritt Renzis und die Ablehnung der Reform die italienische Finanzkrise weiter verschärft und zu Kapitalflucht und sinkender Kreditwürdigkeit italienischer Banken führen kann (The Economist 2016b). Es kommen schwierige Zeiten auf die italienische Demokratie zu und es wird darauf ankommen, dass sich die gemäßigten Parteien der Mitte mit klaren Positionen und Versprechen das Vertrauen der Bürger zurückholen können. Die Ablehnung

der Verfassungsreform darf in jeden Fall nicht darüber hinweg täuschen, dass das Land dringender Reformen bedarf. Das Hauptargument des Nein-Lagers malte die Entmachtung des Volkes als übertriebenes Untergangsszenario an die Wand. Es ist anzunehmen, dass eine Verschlinkung der Institutionen der Effizienz und Regierbarkeit Italiens gut getan hätte. Zahlreiche Probleme der italienischen Politik, wie Korruption und Ämterhäufung von Mandatsträgern oder die Ineffizienz der parlamentarischen Gesetzgebung, hätte die neue Verfassung wohl verbessern können. Die genannten Aspekte sind übrigens auch wichtige Kritikpunkte am politischen Establishment im Programm der Fünf-Sterne-Bewegung. Mit Sicherheit hätte die Verfassungsreform nicht die grundlegenden Probleme gelöst, derer sich derzeit scheinbar die westlichen Demokratien generell gegenüber sehen: mangelndes Vertrauen in Politiker und politische Institutionen, Rückgang politischer Partizipation, Ungleichheit in politischer Repräsentation und Herausforderung durch populistische Parteien sowie die wachsende Kritik an Supranationalisierung. Jedoch wäre ein asymmetrisches Zweikammersystem nach dem Beispiel des deutschen Bundesrates sicherlich nicht für diese Grundprobleme demokratischer Systeme verantwortlich gewesen und hätte einige spezifisch italienische Problematiken lösen können. Dennoch ist anzumerken, dass bei den Forderungen nach verbesserter Regierbarkeit des Landes und der Kritik an mangelnder Effizienz der Gesetzgebung nicht vergessen werden sollte, dass diese nie als das höchste Ziel einer Demokratie gelten darf. Sobald die politische Responsivität und die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen zu Gunsten der Effizienz der Exekutive eingeschränkt werden, ist dies für die Qualität einer Demokratie problematisch. Die italienische Demokratie sucht weiterhin ihren Mittelweg zwischen Reformen zugunsten funktionierender Output-Leistung des Systems und vorhandener Input-Legitimation.

## Literatur

- Bein, Simon (2016): Opposition durch direkte Demokratie? Elitäre Dominanz plebiszitärer Instrumente in Italien. Regensburg: FRP Working Paper 03/2016. Abrufbar unter [www.regensburger-politikwissenschaftler.de/medien/frp\\_working\\_paper\\_03\\_2016.pdf](http://www.regensburger-politikwissenschaftler.de/medien/frp_working_paper_03_2016.pdf)
- Bordignon, Fabio/Ceccarini, Luigi (2013): Five Stars and a Cricket. Beppe Grillo Shakes Italian Politics. *South European Society and Politics* 18(4), 427-449.
- Bull, Martin/Pasquino, Gianfranco (2007): A long quest in vain: Institutional reforms in Italy, in *West European Politics*, 30:4, 670-691.
- Cotta, Maurizio/Verzichelli, Luca (2007): *Political Institutions in Italy*, New York.
- Die Zeit (2014): Napolitano beauftragt Matteo Renzi mit Regierungsbildung. Abrufbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-02/italien-regierungsbildung-renzi>.
- Die Zeit (2016): Spektakulär gescheitert. Abrufbar unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-12/italien-matteo-renzi-aufstieg-fall-referendum/komplettansicht>.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) (2014): Machtkampf in Italien. Ministerpräsident Letta tritt zurück. Abrufbar unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/machtkampf-in-italien-ministerpraesident-letta-tritt-zurueck-12800273.html>
- Gazzetta Ufficiale (2016): Testo Legge Costituzionale, Numero 88 del 15 aprile 2016. Abrufbar unter <http://www.gazzettaufficiale.it/eli/id/2016/04/15/16A03075/sg>.
- Guarnieri, Carlo (2011): *Il sistema politico italiano*. Bologna.

- Hornig, Eike-Christian (2005): Wieder scheitert das italienische Referendum an der Blockade der Parteien. *Auslandsinformationen der Konrad-Adenauer-Stiftung*, 10/05, S. 22–29.  
Abrufbar unter: <http://www.kas.de/wf/de/33.7510/>.
- Kneisler, Isabel (2011): *Das italienische Parteiensystem im Wandel*. Wiesbaden.
- Köppel, Stefan (2007): *Das politische System Italiens. Eine Einführung*. Wiesbaden.
- Köppel, Stefan (2009): *Parlamentsreformversuche und Parlamentsreformen in Italien*. In Blumenthal/Bröchler (Hrsg.): *Müssen Parlamentsreformen scheitern?*, S. 149-170. Wiesbaden.
- La Repubblica (2016a): *Referendum, vince il No*. Abrufbar unter [http://www.repubblica.it/speciali/politica/referendum-costituzionale2016/2016/12/04/news/risultati\\_referendum\\_2016-153452780/](http://www.repubblica.it/speciali/politica/referendum-costituzionale2016/2016/12/04/news/risultati_referendum_2016-153452780/).
- La Repubblica (2016b): *Referendum costituzionale. La guida completa di Repubblica sulla riforma*. Abrufbar unter [http://www.repubblica.it/politica/2016/11/01/news/guida\\_al\\_referendum-151095147/](http://www.repubblica.it/politica/2016/11/01/news/guida_al_referendum-151095147/)
- Ministero dell'Interno (2016): *Referendum costituzionale 4 dicembre 2016*. Abrufbar unter <http://www.interno.gov.it/it/speciali/referendum-costituzionale-4-dicembre-2016>.
- Süddeutsche Zeitung (SZ) (2016a): *Senat soll Einfluss verlieren*. Ausgabe 14.04.2016, S. 7.
- Süddeutsche Zeitung (SZ) (2016b): *Alles was zählt. Italien vor dem Referendum*. Ausgabe 01.12.2016, S. 3.
- Tagesschau (2016): *Beppe Grillo und die Fake News*. Abrufbar unter <http://www.tagesschau.de/ausland/italien-fake-news-101.html>.
- The Economist (2016a): *A regretful No. Italy's constitutional reforms*. Ausgabe 26. November 2016, S. 12.
- The Economist (2016b): *No, grazie. Italian voters have rejected Matteo Renzi's constitutional reforms*. Abrufbar unter <http://www.economist.com/news/europe/21711216-after-losing-20-points-prime-minister-will-resign-italian-voters-have-rejected-matteo?fsrc=scn/app/push/italyreferendum>.
- The Economist (2016c): *Reforming Italy's constitution. Renzi's referendum*. Ausgabe 25. November 2016, S. 18-20.
- Uleri, Pier Vincenzo (2002): *On referendum voting in Italy: Yes, No or non-vote? How Italian parties learned to control referendums*. *European Journal of Political Research* (41), 863-883.

### Hinweis zu den Online-Quellen:

Alle Online-Quellen waren bis einschließlich 07.12.2016 verfügbar.

---

**Simon Bein, B.A.** studiert Demokratiewissenschaften (M.A.) an der Universität Regensburg. Während des Bachelor-Studiums der Political and Social Studies an der Universität Würzburg absolvierte er Studienaufenthalte in Bologna und Rom.

Forum Regensburger Politikwissenschaftler  
Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg  
Universitätsstraße 31, D-93053 Regensburg  
E-Mail: [Redaktion.FRP@ur.de](mailto:Redaktion.FRP@ur.de)  
Homepage: [www.regensburger-politikwissenschaftler.de](http://www.regensburger-politikwissenschaftler.de)

Redaktion: Sabine Fütterer, Andreas Friedel  
© 2016, Forum Regensburger Politikwissenschaftler